

ITA

# BÜLTEN BULLETIN

INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR  
INFO-TÜRK AGENCY

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 0032 - 2-230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

4. Jg. - Dezember 1979  
Deutsche Ausgabe Nr.14  
Preis: 1,50 DM  
Jahresabonnement: 15,00 DM

## TERROR AN DER MACHT IN ANKARA

ANKARA (ITA) -  
Die neue rechtsge-  
richtete Regierung  
unter Süleyman De-  
mirel begann unter  
dem Vorwand des  
"Kampfes gegen den  
Terrorismus" eine  
breitangelegte  
Terror-Kampagne ge-  
gen demokratische  
und fortschrittli-  
che Kräfte in der  
Türkei: in den  
Staatsapparat werden  
rechtsextreme Beam-  
te eingeschleust;  
Gesetze werden abge-  
ändert.



Es begann damit, daß der neue Premierminister Demirel am 5. Dezember 1979 eine zehnstündige Sitzung mit dem Chef des Generalstabs und den Kommandeuren der Streitkräfte und der unter Kriegsrecht stehenden Provinzen abhielt. Nach einer Bestandsaufnahme der Kriegsrechtspraxis bis zu diesem Tag ließ Demirel mitteilen: "Unsere Hauptaufgabe ist die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Türkei, die Sicherheit von Leben und Eigentum muß garantiert sein, jedes Blutvergießen muß verhindert werden. Wir sind davon überzeugt, daß wir bei der Verwirklichung dieser Ziele von der Volksvertretung, von der Bevölkerung und von der Presse unterstützt werden."

Und im Hinblick auf den Ausnahmezustand fügte er hinzu: "Die Kriegsrechtskommandeure werden jede notwendige Unterstützung aller Staatsorgane erhalten. Das Gesetz über den Ausnahmezustand wird verlängert werden müssen, damit wir auf diese Weise das Übel beseitigen können."

Bekanntlich stehen 19 der 67 türkischen Provinzen seit zwölf Monaten unter Kriegsrecht. Während der Regierungszeit Ecevit's haben Demirel und andere rechts-extreme Politiker stets behauptet, die Befugnisse der Kriegsrechtskommandeure wären von Premierminister Ecevit eingeschränkt worden und sie seien aus diesem Grund nicht in der Lage gewesen, den politischen Terror im Lande wirksam zu bekämpfen. Aus diesen Gründen hatte Demirel's Gerechtigkeitspartei (AP) stets gegen eine Verlängerung des Kriegsrechts gestimmt.

Eine der ersten Entscheidungen der neuen Regierung war es daher, die Befugnisse der Kriegsrechtskommandeure zu erweitern.

#### Drastische Säuberungen im Staatsapparat und außerordentliche Gerichte

Neben der Ausstattung der Kriegsrechtskommandanturen mit weiteren Machtbefugnissen und der Verlängerung des Kriegsrechts für weitere zwei Monate griff die Regierung Demirel zu einer weiteren administrativen Maßnahme, indem sie die Gouverneure aller 67 Provinzen sowie die Polizeichefs von 44 Großstädten austauschte.

Nach Angaben der Tageszeitung "Cumhuriyet" wurden die Neubesetzungen von einem Dreiergremium durchgesetzt, das aus dem ehemaligen General Faik Türün, der als Kriegsrechtskommandeur unter dem Namen "der Metzger" bekannt wurde, dem ehemaligen Gouverneur Ömer Naci Bozkurt und dem ehemaligen Polizeichef Gültekin Kizilisik besteht; alle drei sind zur Zeit Abgeordnete der AP und feurige Befürworter aller antidemokratischer Praktiken.

Auch die Abteilungsleiter in allen wichtigen Ministerien und staatlichen kulturellen Einrichtungen wurden ausgetauscht. So kamen die Staatliche Planungsorganisation, das Staatliche Institut für Statistik, die staatlichen Wirtschaftsunternehmen, das Staatstheater und Staatsballett unter die Leitung bekannter faschistisch orientierter Personen.

Nach solcher Säuberung des Staatsapparats entschloß sich Demirel, in der Nationalversammlung die Verabschiedung eines Gesetzes zu beantragen, mit dem Staatssicherheitsgerichte eingerichtet werden sollen, die sich auf Delikte im staatlichen Sicherheitsbereich spezialisieren sollen. Sollen Gerichte waren schon einmal vor vier Jahren eingerichtet worden, aber nach heftigem Widerstand der demokratischen Kräfte vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt worden. Die Regierung Demirel versucht nun, diese außerordentlichen Gerichte, die sich aus drei Zivil- und zwei Militärrichtern zusammensetzen, erneut einzuführen.

Justizminister Ucuzal erklärte, daß im Falle eine Annahme des Gesetzes die Regierung sieben solcher Gerichte einrichten würde, und zwar in den Provinzen Istanbul, Ankara, Izmir, Adana, Samsun, Erzurum und Diyarbakir.

Demnach würden dann zusätzlich zu den Militärgerichten unter Kriegsrecht diese außerordentlichen Gerichte gegen jedermann vorgehen, der in den Verdacht gerät, die Sicherheit des Staates zu gefährden. Die früheren Praktiken dieser außerordentlichen Gerichte zeigten, daß sie nicht nur gegen Terrorverdächtige vorgingen, sondern auch gegen Arbeiterführer, intellektuelle Sozialisten, Journalisten und Künstler, die angeklagt waren, gegen die Artikel 141 und 142 des türkischen Strafrechts verstoßen zu haben. Diese Artikel entstammen dem faschistischen Strafrecht Mussolinis von vor 43 Jahren; nach ihnen kann jeder,

der Propaganda oder Organisationsarbeit auf der Grundlage der Klassentheorie oder zugunsten nationaler Minoritäten betreibt, mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft werden.

### Das "Maßnahmen-Paket gegen den Terror"

Die Regierung Demirel erklärte auch, daß sie dem Parlament ein "Maßnahmen-Paket gegen den Terror" vorlegen werde. Dieses Paket enthält im wesentlichen fünf Gesetzesinitiativen, mit denen fundamentale Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden sollen:

1. Ein Zusatz zum Gesetz über Pflichten und Befugnisse der Polizei soll diese in Zukunft ermächtigen, jedes Haus und jede Person auch ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl durchsuchen zu können.
2. Ein Zusatz zum Gesetz über Provinzverwaltung soll die Gouverneure der Provinzen und Distrikte ermächtigen, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Ihren Gebieten die Armee zu Hilfe zu rufen.
3. Ein Zusatz zum Demonstrationsgesetz soll die Verwaltungen ermächtigen, jeden Demonstrationzug vorläufig untersagen zu können und auch im letzten Moment noch die Route eines Demonstrationzuges abändern zu können.
4. Ein Zusatz zum Vereinigungsgesetz soll den Angestellten im öffentlichen Dienst verbieten, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen; bestehende Organisationen sollen aufgelöst werden. Die Aktivitäten von Studentenorganisationen sollen auf die Gebiete Sport und Freizeit beschränkt werden.
5. Ein Zusatz zum türkischen Strafrecht soll das Strafmaß bei "Vergehen gegen den Staat und individuelle Freiheiten" verschärfen.

Innenminister Mustafa Gülcügil hat bereits klargestellt, daß sich diese neuen Maßnahmen gegen die Linke richten. Gülcügil erklärte, daß zur Zeit 47 Terrororganisationen und Splittergruppen im Untergrund in der Türkei arbeiten. Nach seinen Angaben gibt es zehn Organisationen, die für die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates in Ostanatolien eintreten, 24 "Terrororganisationen", die eine sozialistische oder kommunistische Herrschaft durch bewaffneten Kampf anstrebten und elf Organisationen, die religiöse Ordnungsvorstellungen haben. Demgegenüber erwähnt der Innenminister nur zwei rechts-extreme Organisationen: die Befreiungsarmee Versklavter Türken (ETKO) und die Türkische Rache Brigade (TIT).

Gülcügil verschweigt hingegen die hauptsächlichen Anstifter und Hintermänner des politischen Terrors in der Türkei: dies sind stets rechtsextremistische Organisationen wie die Nationale Bewegungspartei (MHP) des faschistischen Ex-Oberst Türkes und seine Nebenorganisationen gewesen, neben ETKO und TIT insbesondere die Türkischen Donnerschlag-Kommandos (TYK), die Idealistenklubs (UO) und die Idealistischen Jugendvereinigungen (UGD).



Während jedoch die linken Untergrundorganisationen sehr zahlreich und wegen innerer Konflikte und Provokationen vollständig zerstritten sind, werden die Terrororganisationen der extremen Rechten von einem einzigen Oberhaupt dirigiert: dem Ex-Oberst Türkes!

Trotzdem richten sich diese neuen Maßnahmen nicht gegen die MHP und ihre Nebenorganisationen, sondern ausschließlich gegen linke Organisationen und Personen, denn Demirel gründete die jetzige Regierung auf die Unterstützung durch gerade diese Partei. Und er hat bereits den Preis für diese Unterstützung zahlen müssen, indem er zahlreiche "Graue Wölfe" in wichtige Posten des Staatsapparats eingeschleust hat.

Während der kommenden Debatten über die neuen Gesetze wird die Regierung Demirel besonders von den MHP-Abgeordneten parlamentarische Unterstützung erhalten. Auch die Nationale Heilspartei (MSP) des islamischen Fundamentalisten

Necmettin Erbakan wird die neuen Gesetze unterstützen. Die Partei erklärte, daß sie das Maßnahmenpaket gegen den Terror unterstützen würde, wenn die Befassung mit religiös motivierten Straftaten aus der Kompetenz der Staatssicherheitsgerichte ausgeklammert würde.

#### Urheber der Gesetze: die Regierung Ecevit

Nach seiner Meinung zu dem Maßnahmenpaket gegen den Terror befragt, sagte Ecevit, der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP): "Wir werden diese Gesetzesvorschläge auf ihre demokratische Substanz hin prüfen und dann unsere Haltung deutlich machen."

Dieser gemäßigte Standpunkt Ecevits kommt für diejenigen nicht überraschend, die wissen, daß diese antidemokratischen Gesetzesvorschläge schon von der Regierung Ecevit selbst geplant waren. Die Tageszeitung "Hürriyet" veröffentlichte die Nachricht über das geplante Maßnahmenpaket mit folgender Schlagzeile: "Gerechtigkeitspartei übernimmt das von Republikaners vorbereitete Maßnahmenpaket". Das bedeutet, daß die CHP nicht in der Lage sein wird, die von der AP vorgeschlagenen Maßnahmen direkt abzulehnen.

Hinzu kommt, daß die jetzt entwickelte "Oppositionsstrategie" des CHP-Vorstands eindeutig die Handschrift des nach rechts tendierenden Vorsitzenden Ecevit trägt. In dieser "Oppositionsstrategie" heißt es wörtlich: "Der Unterschied zwischen dem linken Selbstverständnis der CHP und den linksgerichteten Organisationen außerhalb der CHP muß betont werden. Die Partei darf sich bei der Verteidigung ihrer linken demokratischen Politik nicht in die Defensive drängen lassen, sondern sie muß die Richtigkeit und Wirksamkeit ihres demokratischen Grundverständnisses aktiv vertreten und erläutern. Sie muß sich offen gegen jedes antidemokratische Verhalten linker Organisationen außerhalb der CHP aussprechen. Die Partei muß den demokratischen Kampf gegen ethnischen und sektiererischen Separatismus weiterführen. Die CHP muß ihren demokratischen und friedlichen Kampf fortsetzen, um antidemokratische terroristische Aktivitäten und Provokationen von der Gesellschaft fernzuhalten. Die CHP der gerichtlichen Bekämpfung von Terror und Unterdrückung ein Hauptgewicht einräumen."

In Verfolgung solcher Prinzipien scheint der CHP-Vorstand viele der von der Regierung Demirel vorgeschlagenen undemokratischen Maßnahmen zu unterstützen. Am 10. Dezember 1979 erklärte der CHP-Generalsekretär Mustafa Üstündağ, daß seine Partei das Gesetz zur Errichtung von Staatssicherheitsgerichten wie auch andere Maßnahmen gegen den Terror unterstützen würde, falls die Regierung einige Vorbehalte der CHP berücksichtige. Einer dieser Vorbehalte betrifft das Wahlverfahren für die zivilen und militärischen Richter in den Staatssicherheitsgerichten.

Dennoch teilen nicht alle CHP-Abgeordnete den rechtsgerichteten Standpunkt ihres Vorsitzenden Ecevit. Der linke Flügel der Partei lehnt die Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten ab, weil solche außerordentlichen Gerichte die Objektivität und Neutralität der Judikative insgesamt beeinträchtigen würden. Der Abgeordnete Rahmi Kumas sagte in einer Rede vor der CHP-Parlamentsfraktion am 11. Dezember 1979, daß die Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten eine Verletzung der Verfassung darstelle.

Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TSIP), die Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) und andere demokratische Organisationen haben sich bereits entschieden gegen die geplanten repressiven Maßnahmen ausgesprochen und betont, daß sie alle Möglichkeiten demokratischen Widerstands ausnutzen wollen, um die Verabschiedung der Gesetzesvorhaben zu verhindern. (C-M-DN-DG-15/12)

#### ATTENTATS-SERIE GEGEN PROGRESSIVE INTELLEKTUELLE IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Nach der Bildung der Regierung Demirel nahm die politische Gewalt im Lande weiter zu; innerhalb von 19 Tagen kamen 160 Personen ums Leben. Das entspricht einer täglichen Zahl von 8 Opfern. Bis zum 10. Dezember stieg die Gesamtzahl der Opfer aus politischen Gewalttaten auf 2430.

Das Attentat auf Professor Cavit Orhan Tütengil am 7. Dezember 1979 machte deutlich, daß die rechtsextremistischen Tötungskommandos sich die Liquidierung

der türkischen Intelligenz vorgenommen haben. Professor Tütengil, der an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Istanbul lehrte, wurde von drei Pistolenschützen vor seinem Haus erschossen, als er zur Universität gehen wollte.

Im Laufe der letzten zwei Jahre haben die "Grauen Wölfe" sieben Universitätsprofessoren ermordet: Orhan Yavuz (Universität Erzurum / 21.Juni 1977), Bedrettin Cömert (Universität Hacettepe / 11.Juli 1978), Bedri Karafakioglu (Universität Istanbul / 20.Oktober 1978), Necdet Bulut (26.November 1978), Fikret Ünsal (Universität Adana / 12.September 1979), Umit Yasar Doganay (Universität Istanbul / 20.November 1979). Außerdem wurde Professor Server Tanilli am 8.April 1978 in Istanbul von "Grauen Wölfen" angeschossen. Er ist seither gelähmt und befindet sich noch immer in ärztlicher Behandlung in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Direktor des Istanbuler Staatlichen Instituts für das Erziehungswesen ließ mitteilen, daß allein im letzten Jahr 15 Oberschullehrer von politischen Gewalttätern ermordet wurden.

Der CHP-Abgeordnete Rahmi Kumas stellte im Parlament eine schriftliche Anfrage an den Innenminister und verlangte Informationen über die Nachricht, es existiere eine Schwarze Liste mit den Namen von progressiven Intellektuellen. Nach einer Meldung der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 26.November 1979 hat das Innenministerium einen Rundbrief an alle Gouverneure verschickt (datiert vom 24.September, Aktenzeichen Em.Sb.1.88175), aus dem hervorgeht, daß die Nationale Bewegungspartei eine Schwarze Liste mit 120 Namen erstellt hat, die einer nach dem andern erschossen werden sollten. Die Zeitung behauptet, daß Sadi Somuncuoglu, derzeitiger stellvertretender Vorsitzender und Abgeordneter der MHP, einer der Autoren dieser Schwarzen Liste sei.

Bei der Bestattung von Professor Tütengil kam es zu neuen blutigen Zwischenfällen. Die Sicherheitskräfte verwehrten den Trauernden die Teilnahme an der Bestattungszereemonie und gaben Warnschüsse in die Luft ab. Daraufhin kam es zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Gruppen und den Sicherheitskräften, bei der eine Person getötet und zahlreiche verletzt wurden.

Im letzten Monat kam es auch zu zwei Massakern: am 28.November überfiel ein unbekannter Pistolenschütze ein Café in Kayseri und ermordete zehn Personen; am 5.Dezember wurde eine Alevitische Familie (acht Personen) von Mitgliedern einer feindlichen religiösen Sekte in ihrem Haus in Kirikhan durch Brandstiftung ermordet.

Im folgenden dokumentieren wir die politischen Morde des letzten Monats:

- 22.Nov.: Ali Algur, der MHP-Funktionär Meric Dikici (Istanbul), Sakir Balta (Usak), der Polizist Tuncay Polat, Mehmet Bilir und der Arbeiter Mehmet Kök (Gaziantep), ein Unbekannter (Adiyaman), der rechte Enver Kocaman (Artvin), İlhami Gökkoca (Mersin), Riza Dursun und Mehmet Kurt (Diyarbakir), der rechte Arslan Demir (Ordu), der Rechtsanwalt Kazim Inceler (Adana), der linke Student Yüksel Mutlu (Artvin);
- 23.Nov.: der Arbeiter Ömer Gürpınar (Istanbul), Sabahattin Köse (Trabzon), der linke İsmail Bas (Istanbul);
- 24.Nov.: der linke İsa Demirbas (Samsun), Sicherheitsbeamter Nimet Yıldız, Nuri Sansar und Sakir Karadeniz (Diyarbakir), der Gefängniswärter Ali Tekin (Aydin), Mürsel Bal, Sener Özyurt und ein Unbekannter (Ankara), der Arbeiter Mustafa Topcu (Gaziantep), der Student Abdülvahap Akman (Nusaybin), der Polizist Haydar Firat (Kilis), Hulusi Altın (Kayseri);
- 25.Nov.: der linke Mustafa Saritas (Ankara), der Polizist Osman Basaran (Kirk-lareli);
- 26.Nov.: der Arbeiter Osman Dikici, Yılmaz Demir, Erser Gündüz, der Arbeiter Mustafa Caldiran, der Lehrer Ali Yılmaz (Istanbul), der linke Arbeiter Hüseyin Aslan (Malatya), der linke Student Durdu Cincik (Adana), der linke Student Recep Önemli, das CHP-Mitglied Hüseyin Akbas, der rechte Lehrer İlyas Ersahin (Ankara) Ahmet Yılmaz (Antalya), der Buchhalter Kutlay Demirkargan (Kayseri), der linke Mehmet Bal (Yah-yali), der Student Mustafa Kaymaz (Diyarbakir);

27. Nov.: die linken Studenten Kubilay Yesilkaya und Enver Er (Istanbul), Cafer Ince (Tarsus), der Student Halil Koca (Manisa), der rechte Mahmut Koyuncu (Urfa), der Polizist Halil Öz (Kahramanmaraş), der Apotheker Muhittin Dönmez (Antakya), Mehmet Akkoyunlu und Ali Balik (Antalya), ein unbekannter Pistolenschütze (Erzurum), Selim Candemir (Agri), Isa Demirbas (Samsun);
28. Nov.: Mustafa Erdogan, Mustafa Sariköze, Refik Albayrak, Süleyman Toprak, Deniz Aydin, Hacı Palu, Ahmet Erdogan, Mustafa Öztas, Hacı Büyükelbasi, Sadullah Yildiz (Kayseri), der Student Ahmet Senocak (Urfa);
29. Nov.: der rechte Fabrikdirektor Nusret Sever und das TIP-Mitglied Ismail Civelek (Istanbul), der Student Serafettin Özdes (Ankara);
30. Nov.: der rechte Arbeiter Salahattin Simsek (Istanbul), Mehmet Kosmaz (Manisa), Ahmet Usta (Trabzon);
1. Dez.: der Schmied Muzaffer Bas, der Kfz-Ersatzteilverkäufer Gürkan Topaydin der Lebensmittelhändler Ali Riza Saral und Muammer Hanefi Satoglu, der Arbeiter Baysel Sen (Istanbul), Vahdettin Karaagac (Usak), der rechte Mehmet Baysal (Urfa);
2. Dez.: der linke Muharrem Engin (Istanbul), Kadir Kandemir, Nevzat Kandemir, Abdullah Sadic, Yusuf Altindas, Vahdettin Güngör (Izmit);
3. Dez.: die Arbeiter Muhsin Cetinkaya und Cevat Toptas (Ankara), der rechte Kemal Fedai Coskuner (Izmir), Mehmet Beyrat, Mehmet Mermertas (Urfa), Ursel Balan (Elazig), der achtjährige Yüksel Elifoglu (Giresun), der Arbeiter Metin Avcı (Eskisehir), der Angestellte Mürsel Baloglu (Elazig);
4. Dez.: der rechte Busfahrer Cengiz Kosdag (Istanbul), Sedat Güngör (Ankara), der Student Osman Bereket (Urfa), der linke Student M. Salih Eren (Diyarbakir), der Student Irfan Yücel (Adana), der AP-Ortsvereinsvorsitzende Muhip Isik (Kars), Necati Yesilcimen (Mersin);
5. Dez.: der MHP-Funktionär und Rechtsanwalt Hüseyin Aküzüm (Ankara), die Angestellten Sevket Celikkanat und Zeki Bakir, der rechte Ismet Demirhan (Antalya), Yavuz Kargin, die Passanten Ünal Isler und Güngör Kizilkaya (Istanbul), der linke Ingenieur Bekir Kulaksiz (Diyarbakir), das Genc-Öncü-Mitglied Muharrem Vural (Amasya), Hatice Akarsu, Hanifi Akarsu, Ismail Akarsu, Fatma Akarsu, Ali Akarsu, Bayram Akarsu, Sengül Akarsu (Kirikhan);
6. Dez.: der Polizeichef Hilmi Kaya, der Soldat Mustafa Celimni (Istanbul), der Grundschuldirektor Ismail Pekdemir (Antakya), Dursun Gülbag (Ankara), Sakine Kamalak (Adana), der Taxifahrer Bahattin Ekdelen und der Lehrer Cafer Ince (Mardin), Muhittin Demirhan (Agri);
7. Dez.: Professor Cavit Orhan Tütengil, der Student Mustafa Topal (Istanbul), der Student Murat Kürekci (Ankara), Bahri Cakir (Tokat), Turan Özkorta (Adana), der Bankangestellte Mustafa Özdemiroglu (Izmir), der Kfz-Mechaniker Rahmi Altintas (Ankara);
8. Dez.: der linke Hüseyin Gündogdu, der Polizist Cemil Mengü (Istanbul), der Arbeiter Abdullah Korkmaz (Kayseri), der Arbeiter Muhittin Kilicdogan (Malatya), der Kaufmann Abdülkerim Demir und der Bauer Hasan Özgül (Siirt), der Beamte Ali Ozen (Antalya);
9. Dez.: der Arbeiter Yüksel Yesilyurt und der Passant Hüseyin Efe (Istanbul), der Arbeiter Necati Icen (Malatya), der Student Naci Altinalan (Adana), der Polizist Halil Halici (Agri), der Nachtwächter Abdül-samet Seven (Kayseri);
10. Dez.: der Theologiestudent Ali Kemal Cin (Rize), der Taxifahrer Enver Yavuzdemir (Artvin), ein Unbekannter (Kayseri), der linke Lebensmittelkaufmann Resit Sen (Istanbul) Ali Bozkurt, Hasan Sahin und der Fahrer Nail Karakas (Ankara), der Lehrer Ömer Aslan (Malatya), der Polizist Seyfi Polat (Adana).

TERROR DER GRAUEN WÖLFE IN DEUTSCHLAND

FRANKFURT (ITA) - Am 25. November 1979 wurden zwei türkische Arbeiter von den "Grauen Wölfen", der paramilitärischen Kommandotruppe der Nationalen Bewegungspartei (MHP), angegriffen und verletzt, weil sie sich weigerten, die faschistischen Broschüren anzunehmen. Die beiden Verletzten, Hasan Taskin und Hasan Erdogan, sind Mitglieder der Föderation Fortschrittlicher Volksvereine (HDF), einer Nebenorganisation der Ecevit-Partei.

Nach diesem Zwischenfall durchsuchte die deutsche Polizei das Hauptquartier der Türkischen Föderation in Frankfurt (Hauptsitz der "Grauen Wölfe in der Bundesrepublik) und verhafteten den Vorsitzenden und einen weiteren Verdächtigen.

Türkische und deutsche fortschrittliche Organisationen in Frankfurt organisierten eine Pressekonferenz mit anschließender Kundgebung und forderten ein Verbot der "Grauen Wölfe" in Europa.

Es gibt Anzeichen dafür, daß der rechtsextremistische Terrorist Mehmet Ali Agca in letzter Zeit bei den "Grauen Wölfen" in europäischen Ländern aktiv geworden ist. Agca, der wegen des Verdachts, den Chefredakteur der Tageszeitung "Milliyet", Abdi Ipekci, ermordet zu haben zum Tode verurteilt worden war, konnte aus dem Militärgefängnis in Istanbul entkommen. Beamte glauben, daß Agca bei seiner Flucht von einigen Armeeeoffizieren unterstützt wurde. Am 27. November 1979 schickte er einen Brief an die Zeitung "Milliyet", in dem er erklärte, daß er den Papst Johannes Paul II. während seines Besuchs in der Türkei ermorden wolle. Daraufhin ordnete die türkische Regierung außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Papstes an.

Inzwischen gibt es Gerüchte, daß Agca nach seiner Flucht aus der Türkei in Paris aufgetaucht sei. Am 15. Dezember 1979 kam es zu einem Schußwechsel zwischen linken und rechten Studenten in einem Pariser Café, bei dem ein Pistolschütze auf linke Studenten eröffnete; fünf Studenten und drei französische Kellner wurden verletzt. Allerdings konnte der Verdacht einer Beteiligung Agcas bisher nicht erhärtet werden.

Am 26. November wurde ein Student, auf den die Personenbeschreibung Agcas paßt, auf einem Flug der Turkish Airlines nach Stuttgart gesehen und später von der deutschen Polizei festgenommen. Er wurde jedoch kurz darauf wieder freigelassen.

(C-M-P-DG-17/12)

NEUE TODESURTEILE IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Vier palestinensische Freischärler, die die ägyptische Botschaft in einem Überfall am 13. Juli 1979 besetzt hatten, wurden von einem türkischen Militärgericht zum Tode verurteilt. Das Gericht verurteilte Mervan Shebanu (24), Husein Suleiman (23), Mohammed Abourezat (19) und Mustafa Besheishi (19) wegen vorsätzlichen Mordes, Verletzung der Exterritorialität ausländischer Missionen und Waffenschmuggels.

Nach Verkündung des Urteils warnte eine palestinensische Untergrundorganisation namens "Adler der Palestinensischen Revolution" die Türkei, die vier Freischärler hinzurichten. Sie erklärte: "Die türkischen Behörden haben versprochen, unsere Genossen so schnell wie möglich freizulassen. Die Todesurteile sind eine Verletzung geheimer Abkommen zwischen uns und den türkischen Behörden."

Innerhalb der letzten zehn Monate hat das Kriegsgericht in Ankara zwölf Personen zum Tode verurteilt. (Bezüglich anderer Urteile vgl. BULLETIN, Oktober 1979).

(DN-DG-15/12)

BALLETTAUFFÜHRUNG IN DER TÜRKEI VERBOTEN

ANKARA (ITA) - Die neuen rechtsgerichteten Vorgesetzten der kulturellen Institutionen im Lande haben eine Kampagne begonnen, mit der sie die Veröffentlichung bzw. Aufführungen fortschrittlicher kultureller Arbeit verhindern wollen.

Ein vom Staatstheater in Ankara produziertes Ballett sowjetischer und türkischer Künstler wurde nach der Eröffnungsvorstellung verboten. Die Entscheidung fällt der neue Direktor des Staatsballetts Ismet Kurt auf Druck der neuen Regierung. Das Ballett basierte auf dem Thema "Ferhat und Sirin", einem bekannten Werk des türkischen Dichters Nazim Hikmet.

Weitere Maßnahmen in dieser Richtung sind die Anweisung des Kultusministeriums, alle Schulbücher, die während der Regierungszeit Ecevit gedruckt und verteilt wurden, zurückzuziehen und zu vernichten wie auch die Neubesetzung des Direktorenpostens im Staatstheaters.

Gegen diese Praktiken haben demokratische Organisationen und die Gewerkschaft Türkischer Autoren (TYS) aufs Schärfste protestiert. (C-M-DG-15/12)

#### TÜRKISCHE DELEGATION BEI ABRÜSTUNGS-DEMONSTRATION IN BRÜSSEL

BRÜSSEL (ITA) - Eine türkische Friedensdelegation, die sich aus Vertretern der Türkischen Friedensvereinigung, der Arbeiterpartei der Türkei und der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei zusammensetzte, nahm am 9. Dezember 1979 an einer vom Nationalen Aktionskomitee für Frieden und Zusammenarbeit (CNAFD) in Brüssel teil. Tausende türkischer und kurdischer Arbeiter unterstützten den Protest gegen die Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa.

Die Mitglieder der türkischen Delegation, Parlamentsabgeordneter Mustafa Gazalci (Türkische Friedensvereinigung), Gülgün Tezgider (Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei) und Yavus Cizmeci (Arbeiterpartei der Türkei) erläuterten den Organisatoren der Protestveranstaltung die Ziele der demokratischen Kräfte in der Türkei bei ihrem Kampf gegen neue Militärprojekte der USA und der NATO. Die türkische Delegation schickte auch ein Telegramm an den belgischen Premierminister, in dem sie ihn aufforderte, die Stationierung atomarer Waffen in Belgien nicht zuzulassen.

Bei der Kundgebung auf dem Place Rouppe hielt Yavus Cizmeci im Namen der türkischen Delegation folgende Ansprache:

"Als Kämpfer für den Frieden in der Türkei und im Namen der Vertreter der Türkischen Friedensvereinigung, der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei und der Arbeiterpartei der Türkei grüßen wir brüderlich alle friedensliebenden Menschen in Belgien und Europa und auch alle Arbeiter aus der Türkei, die an dieser Kundgebung teilnehmen. Wir leben in einer Welt, in der sich ein neuer Sturm des Kalten Krieges zusammenbraut. Doch durch die wertvolle und harte Arbeit der friedliebenden Kräfte in der Welt können Fortschritte auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden im militärischen und politischen Bereich erzielt werden. Der amerikanische Stationierungsversuch von Pershing-2 und Cruise Missiles in Europa stört jedoch die Friedensbemühungen in der Welt. Wir halten die Begründung für diesen Aufrüstungsversuch, die sowjetische Bedrohung, für ein altes, für ein falsches Argument. Wir, die friedliebenden Kräfte der Türkei, verurteilen auf das Schärfste die Stationierung solcher Waffen in jedem europäischen Land, auch in Belgien. In der Türkei haben wir aus Ablehnung der Aufrüstungspläne zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen organisiert; tausende Postkarten wurden aus Protest gegen die neuen Waffen an das NATO-Hauptquartier geschickt. Wir stehen euch bei, den friedliebenden Menschen in Belgien, den friedliebenden Menschen in Europa, im Kampf gegen jede Aufrüstung. Und wir rufen alle Menschen in der ganzen Welt auf, unsere Aktivitäten zugunsten des Friedens zu unterstützen."

(YC-DG-DR-10/12)

DIE INFO-TÜRK AGENTUR WÜNSCHT ALLEN FREUNDEN  
UND LESERN DES BULLETINS EIN GUTES NEUES JAHR

1 9 8 0